

ENERGIEWENDE

"Der Strom wird knapp"

Baden-Württembergs Umweltminister fürchtet um die Stromversorgung. Der Bund setze auf ein Konzept, das in Kalifornien zu Blackouts geführt habe, sagte Franz Untersteller.

VON Fritz Vorholz | 20. Juli 2015 - 13:42 Uhr

ZEIT ONLINE: Seit der Reaktorkatastrophe von Fukushima und der danach in Deutschland ausgerufenen Energiewende sind hierzulande neun Atomkraftwerke endgültig stillgelegt worden. Herr Untersteller, wie sicher ist Deutschlands Stromversorgung noch?

Franz Untersteller: Sie ist so zuverlässig wie in kaum einem anderen Land der Erde. Wir exportieren sogar mehr Strom als wir importieren. Und ich rechne in diesem Jahr mit einem neuen Rekord beim Exportüberschuss.

ZEIT ONLINE: Um die Versorgung auch in Zukunft zu sichern hat Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel vor Kurzem angekündigt, den Strommarkt zu reformieren. Er soll wachsende Anteile fluktuierender Stromerzeugung aus Sonne und Wind ermöglichen – ohne dass es zu Blackouts kommt, wenn der grüne Strom wetterbedingt mal ausbleibt. Sind Sie mit den Weichenstellungen einverstanden?

Untersteller: Bin ich nicht. Ich habe da einige Fragezeichen. Vor allem im süddeutschen Raum wird Strom in der ersten Hälfte der 2020er Jahre knapp...

ZEIT ONLINE: ...weil dann die letzten Kernkraftwerke abgeschaltet werden?

© Inga Kjer/dpa

FRANZ UNTERSTELLER

Der grüne Politiker Franz Untersteller ist seit Mai 2011 Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft in der grün-roten Landesregierung von Baden-Württemberg.

Untersteller: Auch deswegen. In Bayern und in Baden-Württemberg gehen in den kommenden Jahren Atommeiler mit einer Leistung von 8.400 Megawatt vom Netz. Hinzu kommen konventionelle Kraftwerke, die aus Altersgründen, wegen fehlender Wirtschaftlichkeit oder aus genehmigungsrechtlichen Gründen wahrscheinlich stillgelegt werden. Und ich halte es für unwahrscheinlich, dass bis 2022 die geplanten Stromautobahnen schon komplett fertig sind, dass also dann schon ausreichend Windstrom aus Norddeutschland in den Süden gelangt. Deshalb frage ich mich, ob die von Gabriel geplante Strommarktreform wirklich ausreichende Investitionsanreize setzen kann, damit uns in Zukunft die notwendigen flexiblen Kapazitäten zur Verfügung stehen werden und wir unser hohes Niveau an Versorgungssicherheit halten können.

ZEIT ONLINE: Solange der Stromtransport von Nord nach Süd nicht klappt und solange regenerativ erzeugter Strom nicht ausreichend und kostengünstig gespeichert werden kann sind Kraftwerke nötig, die nach Bedarf an- und wieder abgeschaltet werden können...

Untersteller: ...und die Frage ist: Was sollte Investoren veranlassen, diese Kraftwerke zu bauen?

ZEIT ONLINE: Laut Bundeswirtschaftsminister das Gewinnstreben. Seinem Konzept zufolge wird der Investitionsanreiz von den extrem hohen Preisen ausgehen, die sich dann an der Strombörse erzielen lassen, wenn die Sonne nicht scheint und der Wind mal nicht weht. Was haben Sie gegen dieses marktwirtschaftliche Konzept?

Untersteller: Was Gabriel plant, ist in Wirklichkeit eine Privatisierung der Versorgungssicherheit. Nach geltendem Recht ist die Sicherheit der Stromversorgung ein öffentliches Gut, die Betreiber der Stromnetze sind dafür verantwortlich, dass der Strom zuverlässig aus der Steckdose kommt. Damit sind wir in Deutschland gut gefahren. Es macht für mich keinen Sinn, jetzt die Versorgungssicherheit zu privatisieren.

ZEIT ONLINE: Warum?

Untersteller: Weil doch tatsächlich davon auszugehen ist, dass potenzielle Investoren eher zurückhaltend auf gelegentliche Strompreisspitzen reagieren. Der Bau eines Kraftwerks muss sich über viele Jahre refinanzieren, Investoren müssen also davon ausgehen können, dass sie über einen längeren Zeitraum hinweg im Durchschnitt Preise erzielen, die die Refinanzierung ihrer Investition gewährleisten. Reden Sie mal mit Managern aus der Energiewirtschaft. Viele von denen sagen, dass sie vor einigen Jahren Investitionsentscheidungen getroffen haben, die sie heute wegen des gesunkenen Preisniveaus an der Strombörse nicht mehr treffen würden. Das lässt nichts Gutes erwarten.

ZEIT ONLINE: Angenommen, Sie irren sich und potenzielle Investoren reagieren doch auf hohe Strompreise...

Untersteller: ... dann vergehen einige Jahre, bis ein neues Kraftwerk errichtet ist. Die Planung, die Genehmigung und der Bau eines Kraftwerks dauern in der Regel drei, vier, fünf Jahre. Wie soll in dieser Zeit die gewohnte Versorgungssicherheit gewährleistet werden?

ZEIT ONLINE: Laut Plan des Bundes mit einer "Kapazitätsreserve". Die will Gabriel mit Kraftwerken bestücken, die nicht am normalen Marktgeschehen teilnehmen; sie sollen die Stromversorgung nur bei nicht vorhersehbaren Ereignissen sichern, "wie der Hosenträger einen Gürtel", so Gabriels Lesart.

Untersteller: Reservekapazitäten halte auch ich zwar für notwendig, aber was der Bund jetzt plant, ist Unsinn. Ich erinnere an die Vereinbarung der Koalitionsspitzen vom 1. Juli:

Danach sollen ausgerechnet alte Braunkohlekraftwerke mit einer Leistung von insgesamt 2,7 Gigawatt in die Reserve.

ZEIT ONLINE: Na und?

Untersteller: Reservekraftwerke müssen schnell regelbar sein, sie müssen sich schnell an- und abschalten lassen, je nachdem, wie viel Strom die wetterabhängigen Wind- und Solaranlagen gerade erzeugen. Uralte Braunkohleblöcke sind technisch gesehen das krasse Gegenteil solch flexibler Kraftwerke.

ZEIT ONLINE: Wie sollte Versorgungssicherheit besser organisiert werden?

Untersteller: Jedenfalls nicht so, wie es jetzt geplant wird. In Deutschland setzt man auf Konzepte, die in anderen Ländern Probleme verursacht haben. Ich war kürzlich in Kalifornien und habe mit Managern von PG&E, einem der großen kalifornischen Energieversorger gesprochen. Die haben die Stirn gerunzelt, als ich ihnen berichtet habe, was die Bundesregierung plant. Kalifornien hatte ein ähnliches System, allerdings nur bis zum Jahr 2000. Dann kam es zu Blackout-Situationen.

ZEIT ONLINE: Noch einmal, was ist Ihr Vorschlag zur Sicherung der Stromversorgung?

Untersteller: Wir wollen einen fokussierten Kapazitätsmarkt.

ZEIT ONLINE: Wie bitte?

Untersteller: Ich weiß, das klingt kompliziert, ist es aber nicht. Ich plädiere dafür, dass bestimmte Kapazitäten, die flexibel einsetzbar und umweltverträglich sind, ausgeschrieben und versteigert werden. Die kostengünstigsten Angebote kommen zum Zug. Damit werden die Bereitstellung von Kraftwerksleistung und die Zuverlässigkeit der Stromversorgung honoriert – und zwar auf marktwirtschaftliche Weise.

ZEIT ONLINE: Zu Lasten der Stromkunden.

Untersteller: Richtig, Versorgungssicherheit hat ihren Preis. Pro Kilowattstunde allerdings nicht mehr als ein paar Zehntelcent.

ZEIT ONLINE: Sein Plan sei kostengünstiger, sagt Gabriel.

Untersteller: Behauptet er. Ich behaupte das Gegenteil. Im Übrigen: Kostengünstig wäre es gewesen, wenn Gabriel seine Idee umgesetzt hätte, die Kraftwerksbetreiber mithilfe einer Klimaabgabe zur Minderung ihrer CO₂-Emissionen zu veranlassen. Stattdessen wird jetzt die Stilllegung alter, abgeschriebener Kohlekraftwerke bezuschusst. Das ist Hartz IV für alte Kraftwerke in Reinkultur.

ZEIT ONLINE: Ihr Parteifreund Rainer Baake, Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, trägt diese Entscheidung wie auch das Konzept zur geplanten Strommarktreform mit.

Untersteller: Ich diskutiere viel mit Rainer Baake. Er hat mittlerweile eine andere Meinung als ich und stützt sich dabei auch auf Gutachten. Die gehen aber sehr stark von idealen Voraussetzungen aus – von Voraussetzungen, die nach meinem Eindruck mit der täglichen Realität in der Energiewirtschaft nicht sehr viel zu tun haben.

COPYRIGHT: ZEIT ONLINE

ADRESSE: <http://www.zeit.de/wirtschaft/2015-07/energiewende-energiesicherheit-franz-untersteller>